

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Rainer Steenblock, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6410, 16/6423 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für
das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

hier: Einzelplan 10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ansatz der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wird um 195 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die seit 2007 erfolgten Kürzungen bei der 2. Säule der europäischen Agrarpolitik und die von der Bundesregierung im Haushalt 2006 vorgenommenen Kürzungen bei der GAK haben zu einschneidenden Kürzungen bei den Förderprogrammen für den ländlichen Raum und den Agrarumweltmaßnahmen geführt, deren Folgen mittlerweile zu spüren sind: Landwirte steigen aus den Agrarumweltprogrammen aus, der Umbruch von Dauergrünland nimmt zu und

der Anteil des Ökolandbaus an der Landwirtschaft stagniert in Deutschland trotz eines boomenden Biomarktes. Eine teilweise Kompensation der wegfallenden EU-Mittel auf nationaler Ebene und die Rücknahme der Kürzungen bei der GAK im Haushalt 2006 sind deshalb unverzichtbar. Hinzu kommt, dass der Strukturwandel die ländlichen Räume vor besondere Herausforderungen stellt.

In Deutschland ist die Landwirtschaft für 11 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Sie muss daher einen nachhaltigen Beitrag zur Verminderung der Emissionen von Kohlendioxid, Lachgas und Methan und damit zum Klimaschutz leisten. In vielen Bereichen wird dies hohe betriebliche Investitionen erforderlich machen (z. B. zur emissionsmindernden Erfassung, Lagerung, Behandlung und Ausbringung von Wirtschaftsdüngern, für den Einsatz erneuerbarer Energietechnik und zur Energieeinsparung im Unterglasgartenbau), die mit Mitteln des Agrarinvestitionsförderprogramms gefördert werden können. Daneben ist es notwendig die Agrarumweltmaßnahmen (z. B. zur Erhaltung des Dauergrünlandes und zur Förderung des Ökolandbaus) wieder finanziell besser auszustatten. Dies kann derzeit nur über eine Erhöhung des nationalen Anteils der 2. Säule geleistet werden.